

gesamten Dauer der Pandemie bisher nicht beschränkt oder gebremst.“ Entgegen den gängigen Annahmen sei auch die Berichterstattung ausländischer TV-Sender, die in China empfangen werden, nicht zensuriert worden. Dollinger: „Normalerweise wird bei schlechten Nachrichten über China der Bildschirm hier bei CCN oder BBC schwarz.“

Sündenböcke der Regierung

Um mangelhafte Berichterstattung über das Coronavirus zu finden, muss man jedoch nicht zwingend in die Ferne schweifen – es genügt ein Blick in unser Nachbarland Ungarn. Ministerpräsident Viktor Orbán und seiner Regierungspartei Fidesz nahestehende Medien stellten die Gefahr des Coronavirus zunächst als übertrieben dar, ver-

”

Journalisten zu verhaften, würde international viel zu viel Aufsehen erregen und auf starken Widerstand stoßen.

Alexander Dworzak
Außenpolitik
„Wiener Zeitung“

“

harmlosten sie – sofern sie überhaupt darüber berichteten. Die unabhängigen Medien hingegen betrieben bereits zu Beginn der Pandemie Aufklärung und warnten die Menschen vor einer möglichen Eskalation, wie sie zu diesem Zeitpunkt etwa in Norditalien bereits im Gange war. Das jedoch sei eine „Herausforderung“, erklärt Alexander Dworzak, Außenpolitik-Redakteur der



© AP/WIDEWORLD

Wiener Zeitung und Mitglied bei ‚Reporter ohne Grenzen‘: „Die Informationen der Regierung sind extrem spärlich. Es gibt etwa keinerlei Auskunft über regionale oder Altersstrukturen der Infizierten. Dafür kann man sehen, woher die Menschen kommen, die positiv getestet wurden – was in diesem Zusammenhang natürlich mäßig relevant ist.“

Heute kann die Gefahr durch Covid-19 niemand mehr leugnen, auch Orbán nicht. Aber ein Feindbild kann man schaffen, Sündenböcke benennen. Und die habe Orbán in der Opposition und den unabhängigen Medien gefunden, erklärt Dworzak. Bald werden sie öffentlich in regierungsnahen Medien diffamiert, von der Regierung als „Corona-Kollaborateure“ bezeichnet, die sich gegen Ungarn stellen und auf die man sich nicht einmal in Notsituationen mehr verlassen könne.

Druck zu mehr Selbstzensur

Die Entwicklungen der darauffolgenden Tage erschweren die Situation der unabhängigen ungarischen Medien noch um ein Vielfaches: Vergangenen Montag beschloss das ungarische Parlament das Coronavirus-Notstandsgesetz, das Orbán auf unbestimmte Zeit ermöglicht, per Dekret zu regieren. Und das außerdem Journalisten mit ein bis fünf Jahren Haft bedroht, sollten diese bewusst „Falschmeldungen“ über das Coronavirus verbreiten – eine gewagte Terminologie, findet auch Dworzak, denn hier eine klare Grenze zu

ziehen, sei fast unmöglich. Dass es tatsächlich zu Verhaftungen kommen wird, glaubt er allerdings nicht: „Das würde international viel zu viel Aufsehen erregen und auf starken Widerstand stoßen. Das ist Orbán bei der Schließung der regierungskritischen Tageszeitung *Népszabadság* 2016 passiert – diesen Fehler macht er nicht noch einmal.“ Vielmehr wolle Orbán mit dem Gesetz den Druck zur Selbstzensur der Medien erhöhen.

Nicht nur politische Gründe

Covid-19 setzt den unabhängigen Medien in Ungarn auf allen Ebenen zu, nicht zuletzt auf der wirtschaftlichen. Während die Regierung den ihr genehmen Medien Inserate zukommen lässt, kämpfen die unabhängigen in der Krise ums Überleben. Über Crowdfunding suchen sie Unterstützung bei jenen, die in Ungarn noch Interesse an unabhängiger Berichterstattung haben. Auch zwei der größeren unabhängigen Onlinezeitungen, *index.hu* und *444.hu*, haben Spendenaufrufe gestartet. „Index‘ will den Menschen in einer so heiklen Situation Geld aus der Tasche ziehen, damit sie weiterhin gefälschte Nachrichten über ihre beiden Lieblingsthemen, Bildung und Gesundheitsversorgung, verbreiten können“, kommentierte das regierungsnahen Online-Portal *origo.hu* dieses Vorhaben.

Lücken in der Corona-Berichterstattung haben also oft politische Gründe. Sie können aber auch schlicht und einfach sprachlich bedingt sein, wie Levi

Mehr Druck

Orbán's Einfluss auf Ungarns Medien wird durch das Coronavirus-Notstandsgesetz noch verstärkt.

Obonyo, Professor für Journalismus an der Daystar University in Kenia, in einem Artikel auf der Website des EJO schreibt. In seinem Heimatland bestehe die größte Herausforderung darin, die gesamte Bevölkerung überhaupt mit verständlichen Informationen über das Virus zu erreichen. Denn bislang gebe es kaum Übersetzungen in die lokalen Sprachen, von denen es in Kenia über 40 gibt.

Ein Appell zum Austausch

Doch wie können diese Unzulänglichkeiten reduziert, die Informationsdefizite abgebaut werden? „Kollaborativer“ beziehungsweise „Cross-Border-Journalismus“ lautet die Antwort von Tina Bettels-Schwabbauer. „Es ist wichtig, die Perspektiven anderer Länder miteinzubeziehen, um die Situation im eigenen Land besser zu verstehen. Das lässt sich auf die Coronakrise gut übertragen.“ Netzwerke zu forcieren und weiter zu etablieren, könne dabei helfen, wichtige Informationen auch in jene Ecken der Welt zu bringen, die erschwerten Zugang dazu haben. Das Bewusstsein für internationale Kooperation sei bereits da, ist Dworzak überzeugt. Das Problem sei jedoch oft die Informationsbeschaffung im eigenen Land. Was die Regierung nicht publiziert, kann oft nur schwer recherchiert werden – essenzielle Daten über Infizierte und Testungen etwa.

Vordringlich müssen Informationen global ausgetauscht werden, um das Virus zu bezwingen, schreibt auch Yuval Noah Harari vor einigen Tagen in der *NZZ* und illustriert seinen Appell mit diesem Gedankengang: „Ein Coronavirus in China und ein Coronavirus in den USA können sich keine Tipps geben, wie sie die Menschen am besten anstecken. Aber China kann die USA viele wertvolle Lektionen lehren, wie mit dem Coronavirus umzugehen ist.“